

Politisches Lernen in und mit der Schulklasse: Die rekonstruktive Fallanalyse als subjektorientierte und wissenschaftspropädeutische Methode

David Jahr

1. Die Schulklasse als politische Sozialisationsinstanz: Leben und Lernen mit verschiedenen Gleichen

Die Schulklasse ist ein gleichermaßen bekanntes wie unklares Phänomen. Bekannt deshalb, weil wohl die meisten von uns sehr viel Zeit in Schulklassen verbracht haben, vor allem als Schüler*in und eventuell auch in beruflichen Kontexten. Das schulische Lernen in der Schulklasse als dominierendes „Ordnungsmuster schulischen Unterrichts“ (Fuchs 2009, S. 366) ist für die meisten von uns eine Selbstverständlichkeit. Wir haben mit der Schulklasse gelebt und sie hat uns über viele Jahre geprägt, ob wir das wollten oder nicht.

Gleichzeitig ist die Schulklasse in ihrer konkreten Form, wie sie für die Beteiligten den zentralen Kontext ihrer alltäglichen schulischen Handlungspraxis darstellt, weitgehend unklar. Aus Sicht der Kinder und Jugendlichen ist sie eine Lebensgemeinschaft aus Menschen, mit denen sehr viel Zeit auf engem Raum verbracht wird. Diese Gemeinschaft ist ihnen *aufgelegt*: Sie können in der Regel nicht mitbestimmen, mit wem sie den schulischen Alltag verbringen. Neben den schulischen Fächern und Unterrichtszeiten werden auch die Lehrpersonen den Schüler*innen zugeordnet. So wird der immer auch mögliche Wechsel der Lehrpersonen von Schüler*innen als ein „mythisches, schicksalhaftes Ereignis“ (Breidenstein 2009) wahrgenommen. Die Schulklasse ist ohne die sie rahmende Organisation Schule und anleitende Lehrperson nicht vorstellbar. Sie ist „kein freies Kinderkollektiv“ (Rusch und Thiemann 2003, S. 22), so dass Lehrpersonen mit zu den zentralen Konstitutionsbedingungen von Schulklassen gehören. Auch das selektive Schulsystem hat Auswirkungen auf die alltägliche schulische Handlungspraxis (vgl. Jahr 2022, S. 45).



Dr. David Jahr

Lehrkraft für besondere Aufgaben am Institut für Politikwissenschaft Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (Standort MLU Halle-Wittenberg)

Die Schulklasse ist für Schüler*innen vor allem ein Ort der Peer-Begegnungen. Der Peer-Begriff bezeichnet in erster Linie Gleichaltrige und changiert zwischen einem Verständnis als Freundschaftsgruppe (Peer-Groups oder Clique) und Alterskohorte (Gleichaltrige). Die Schulklasse gilt als „Paradefall“ für die durchaus ambivalente Rolle von Peers: Sie sind nicht automatisch Freunde, aber das alltägliche schulische Handeln muss sich am Verhalten dieser Gleichaltrigen orientieren. Die schulklassenbezogene Peerkulturforschung betont, dass nicht das schulische Lernen, sondern der „Kontakt unter Gleichaltrigen“ (Breidenstein und Kelle 2002, S. 318) für die Schüler*innen im Vordergrund steht. Breidenstein (2006, S. 261) zeigt in seiner einflussreichen Studie zum „Schülerjob“, dass der schulische Alltag in der Peergemeinschaft Schulklasse aus einer „doppelten Anforderungsstruktur“ besteht: Im Vollzug des Unterrichts verhalten sich Schüler*innen gleichzeitig einerseits zur offiziellen Unterrichtsordnung und andererseits zur Peerstruktur der Klasse. Die sich in diesem Kontext herausbildenden Praktiken und Prozesse „in denen sich Kinder und Jugendliche aneinander orientierten und einen kulturellen Kontext schaffen, der eigenen Regeln und Relevanzen folgt“ (Breidenstein und Kelle 2002, S. 319) wird als Peerkulturforschung in den Blick genommen.

Warum sollte uns die Handlungspraxis in Schulklassen nun allerdings mehr interessieren, als sie lediglich als Randbedingung für Lernprozesse anzuerkennen? Weil durch das Eingebundensein der Kinder und Jugendlichen in Schulklassen politisches Lernen in Form von Sozialisation stattfindet. Unter (politischer) Sozialisation werden differente Lernprozesse gefasst, die sich im komplexen Wechselspiel von Individuum und Gesellschaft abspielen. Susanne Rippl (2015, S. 733) differenziert diese Lernprozesse bspw. in *formelles* und *informelles*, sowie *gezieltes* und *beiläufiges* Lernen. Der Grundgedanke von Sozialisation lässt sich so verstehen, dass wir als Individuen in unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und Milieus lebenspraktisch eingebunden sind. Im gemeinsamen Vollzug von Praxis, sei es in der Familie, im Verein oder eben in der Schule, konstituieren Subjekte diese Kollektive mit, werden aber durch sie auch auf habitueller Ebene mitkonstituiert. Entscheidend ist, dass dieser Prozess nicht willentlich verläuft, dem Individuum also nie vollständig bewusst ist und daher auch nicht ohne weiteres explizier- und steuerbar ist. Der Einfluss der uns prägenden Gruppen und Milieus kann nicht völlig frei (ab)gewählt werden – „solchen Gemeinsamkeiten des *Habitus* (...) kann man sich nicht willentlich entziehen“ (Marotzki et al. 2021, S. 128; Herv. im Orig.).

Da Menschen in den Kontexten vieler Gruppen und Milieus aufwachsen und leben können, lassen sich auch sehr viele *Sozialisationsinstanzen* voneinander abgrenzen (vgl. die umfangreiche Betrachtung politischer Sozialisationsinstanzen bei Claußen und Geißler 1996). Für die (politische) Sozialisation von Kindern und Jugendlichen ist die *Familie* bzw. die damit verbundene sozioökonomische Herkunft von hoher Bedeutung (Hurrelmann 2006, S. 127). Bekannt ist, dass Kinder „durch das häufige Erleben spezifischer politischer Einstellungen der Eltern“ (Rippl 2015, S. 742) diese politischen Einstellungen übernehmen. Auch Winckler (2017) hat in ihrer Interviewstudie mit Jugendlichen gezeigt, dass Familie für alle der von ihr herausgearbeiteten sozialisationsbezogenen Typen „politischer Selbstbilder“ eine hohe Relevanz hat – ganz im Gegenteil zum Politikunterricht übrigens.